

Bosnien-Herzegowina – Einfallstor für den radikalen Islam auf dem Balkan und in Europa?

1. Einleitung: Ausgangslage und Problemstellung

Zwar hat das sogenannte Dayton-Abkommen im Jahr 1995 den Krieg (1992-1995) in Bosnien und Herzegowina (BiH) beendet und für eine friedliche Nachkriegsordnung gesorgt; doch der Preis für die Friedenssicherung war ein fragiler, dysfunktionaler und zu kostenintensiver Staat, der zudem mit einem politischen System einhergeht, das als überkomplex und konfliktbehaftet gilt (Stichwort: „Auseinandersetzung um die staatliche Ordnung“). Die Verfassung des Landes vom September 1995, die Teil des Dayton-Friedensabkommens ist, befördert darüber hinaus die Dezentralisierung politischer Macht und sichert den ethnischen Parteien Bosniens ihre politische Dominanz. Hinzu kommt, dass eine etwaige Verfassungsänderung mit zu hohen innenpolitischen Hürden verbunden wäre. Insofern kann es kaum verwundern, dass ein Großteil der bosnisch-herzegowinischen Bevölkerung der (größtenteils korrupten) politischen Elite den Rücken zugekehrt hat, glaubt sie doch längst nicht mehr an eine politische Wende zum Wohle aller, also auch der Bürgerinnen und Bürger von BiH.¹ Außerdem kommt erschwerend hinzu, dass eine positive Staatsentwicklung und „gute Regierungsführung“ (*Good Governance*) schon allein deshalb wenig realistisch erscheint, weil die Konfliktlinien vergangener (Kriegs-)Zeiten fortbestehen, wie dies der Wahlkampf 2018 einmal mehr zutage gefördert hat.² Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass im Ranking der 10 fragilsten Staaten Europas – laut „Fragile States Index 2018“ – Bosnien-Herzegowina mit einem Indexwert von 71,3 Punkten der viertschwächste Staat in Europa ist. Nur die Ukraine (72,6), Russland (77,2) und die Türkei (82,2), der absolute Spitzenreiter, liegen noch vor dem südosteuropäischen Land.³

Aber damit nicht genug: Auch auf dem Arbeitsmarkt schwächelt der bosnisch-herzegowinische Föderalstaat – er besteht

aus zwei Gliedstaaten, als da wären: erste Entität ist die „Föderation Bosnien und Herzegowina“ (FBiH) und zweite Entität die *Republika Srpska* (RS) – nach wie vor, wenngleich der statistische Wert langsam abnimmt. So lag die Arbeitslosenquote im letzten Jahr bei geschätzten 18,4 Prozent, die Jugendarbeitslosenquote (Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen) 2017 sogar bei geschätzten 55,42 Prozent.⁴

All diese Faktoren zusammengenommen sind der ideale Nährboden für die Entstehung und Ausbreitung radikalislamischen Gedankenguts. Sie begünstigen in einem schwachen Staat wie Bosnien-Herzegowina die islamistische, salafistische und dschihadistische Radikalisierung, insbesondere bei desillusionierten und perspektivlosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die im „Heiligen Krieg“ (Dschihad) – zumindest vordergründig – Erfüllung und Anerkennung finden sowie erstmals das Gefühl von Gemeinschaft und Zusammenhalt erleben.

Ausgangspunkt dieses Beitrags sind die durch die mediale Berichterstattung in den Blickpunkt geratenen „Salafisten-Dörfer“ (Gornja Maoča, Ošve u. a.) in abgeschiedenen und schwer zugänglichen Gebieten Bosniens, welche als Parallelwelten und Horte für radikales Gedankengut angesehen werden können. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es sich hierbei nur um Einzelfälle oder um Unterschlüpfen mit dahintersteckendem System handelt, die als Basis für die Rekrutierung von weiteren Kämpferinnen und Kämpfern aus Bosnien⁵ für den sogenannten Islamischen Staat (IS) und zusätzlich als Zufluchtsorte für kampferprobte Dschihad-Rückkehrer(innen) aus dem Irak und Syrien dienen. Damit stellt sich die weitere Frage, ob es eine reale IS-Bedrohung auf dem (West-)Balkan gibt, die möglicherweise ebenfalls ein ernst zu nehmendes sicherheitspolitisches Gefahrenpotenzial für Deutschland und Europa darstellen könnte. Auch die Rolle von Geld aus den

Golfstaaten, vor allem aus Saudi-Arabien, gilt es in diesem Kontext zu klären, ob damit beispielsweise eine religiös-ideologische Einflussnahme (Stichwort: „Wahhabismus“)⁶ auf radikale salafistische Kreise in Bosnien einhergeht.

2. Alarmierende Medienberichterstattung über radikalen Islam in Bosnien

In den letzten Jahren haben sich die Zeichen verdichtet, dass der IS Bosnien-Herzegowina als Drehscheibe für radikale Islamisten genutzt hat, um diese als internationale dschihadistische Kämpferinnen und Kämpfer (sog. *foreign fighters*) nach Syrien, in den Irak und nach Nordafrika zu entsenden. Gleichzeitig steht der Verdacht im Raum, dass Bosnien als IS-Trainingscamp sowie als Basis für die Planung und Durchführung von terroristischen Anschlägen in der westlichen Welt genutzt wird. Entsprechende Berichte der deutschen Zeitung „DIE WELT“⁷ und der britischen Zeitung „The Mirror“⁸ im Juni und Juli 2015 über den Westbalkan als Einfallstor für die IS-Terrormiliz und die Errichtung einer IS-Hochburg in dem Balkanstaat Bosnien-Herzegowina machten hierbei den Anfang. Bereits im März 2015 berichtete die Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ über die IS-Rekrutierung im bosnischen Hinterland.⁹

In der Folgezeit beherrschten diese besorgniserregenden Themen die Schlagzeilen verschiedener europäischer Medien, ganz besonders aber in Deutschland und Österreich. Auch europäische Geheimdienste rief diese beunruhigende Entwicklung auf den Plan. Nicht zuletzt in Bosnien selbst wurde die seit 2004 als „State Investigation and Protection Agency“ (SIPA)¹⁰ existierende erste gesamtstaatliche Polizeibehörde verstärkt aktiv und zeigte entsprechend Präsenz in den als „Salafisten-Dörfer“ bezeichneten terroristischen Brennpunkten. In der Hauptstadt Sarajevo räumte man von offizieller Seite im Jahr 2016 in einem Fernsehinterview¹¹

ein, dass jahrelang dem undurchschaubaren Treiben in den mittlerweile zahlreichen salafistischen Gemeinschaften Bosniens nicht die notwendige Beachtung geschenkt wurde, die als verfassungs- und demokratiefeindlich einzustufen sind, da ihre Mitglieder ausschließlich unter der Scharia¹² leben wollen. Ob es sich bei der bisherigen Medienberichterstattung um falschen Alarmismus oder um eine zutreffende Lagebeschreibung handelt, muss sich erst noch erweisen. Insbesondere die Sicherheitsbehörden in Bosnien-Herzegowina sind in dieser Frage gefordert, aber auch Politikwissenschaftler(innen), die zum Phänomenbereich „islamistischer Extremismus/Terrorismus“ forschen, sollten hierauf eine Antwort finden, die als praxisnahe Erkenntnis – im Sinne wissenschaftlicher Politikberatung – daherkommt und an relevante staatliche Akteure zum Zwecke des Vorankommens in der Sache weitervermittelt werden sollte. Mit ersten Arbeiten zum Thema „Islamistische Radikalisierung“¹³ ist ein Anfang gemacht worden. Weitergehende Forschung sollte aber noch folgen, um ein besseres Verständnis von den sozialen Rahmenbedingungen und Ursachen islamistischer Radikalisierung im Kontext der sicherheitspolitischen Lage auf dem Balkan zu bekommen und darauf aufbauend wirksame – passgenaue – Gegenstrategien zu entwickeln.

Der Zusammenhang zwischen Salafismus¹⁴ als kriegsbedingte Folge des Bosnienkrieges der 1990er-Jahre und der Bildung von Zellen des radikalen Islams auf dem Balkan ist hingegen zufriedenstellend erforscht und hinreichend thematisiert worden.¹⁵ Dabei gilt als gesichert, dass die stetige Zunahme der Anzahl an salafistischen Gruppen in Bosnien stark zulasten der Islamischen Gemeinschaft¹⁶ in dem Balkanstaat geht, die zunehmend in einem Konkurrenzverhältnis zur salafistischen Bewegung steht und sich zusätzlich in einem Kampf um die Deutungshoheit des (eigentlich moderaten) bosnischen Islams befindet.

3. Implikationen für Bosnien-Herzegowina, den Balkan und Europa

Was folgt nun aus der medialen Berichterstattung über Bosnien? Welche Konsequenzen haben die skizzierten Beobachtungen auf nationaler, regionaler und europäischer Ebene? Im folgenden Abschnitt soll es um Antworten auf diese beiden erkenntnisleitenden Fragen gehen.

Die historische Entwicklung der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts (Stichwort: „Bosnienkrieg“) hat Bosnien-Herzegowina maßgeblich geprägt – nicht nur im Sinne einer traumatischen (Kriegs-)Erfahrung, sondern auch im Sinne der Präsenz von Mudschaheddin, die seinerzeit an der Seite der bosnischen Armee in der Einheit „al-Mujahed“ kämpften (man geht von schätzungsweise 2.000 ausländischen Kämpfern aus). Ein nicht unerheblicher Teil von ihnen kann als fundamentalistisch und dschihadistisch kategorisiert werden. Zudem verließen nach Ende des Bosnienkrieges 1995 nicht alle diese ehemaligen Kämpfer den Balkanstaat – ein Teil von ihnen blieb im Land, wurde sesshaft und nahm sogar die bosnische Staatsbürgerschaft an. Mindestens genauso prägend war aber der mit dem brutalen Krieg einhergehende Einfluss von Organisationen aus Saudi-Arabien und Kuwait, die zwar einerseits dringend notwendige humanitäre Hilfe leisteten, jedoch andererseits ihre eigene Auslegung des Islams mit nach Bosnien brachten.¹⁷ Bedingt durch die Kriegsgeschehnisse blieb eine Schwächung staatlicher Macht nicht aus, sodass entsprechender Raum für neue religiöse Einflüsse und Strömungen vorhanden war. So konnten sich u. a. salafistische Strukturen in BiH ausbreiten und verfestigen, die inzwischen integraler Bestandteil des religiösen Lebens im Land geworden sind. Ein Teil dieser Strukturen besteht aus gewaltbereiten Dschihadisten, die nun eine potenzielle Gefahr für den bosnischen Staat darstellen, der eher liberal eingestellt ist und langfristig eine Öffnung des Landes in Richtung der Europäischen Union (EU) anstrebt. Dieser ist dem Phänomen des Salafismus über lange Zeit hinweg mit einer Mischung aus Duldung und Kontrolle begegnet, was sich zwingend ändern

muss mit Blick auf die Zukunft. Immerhin ist das „Salafisten-Problem“ mittlerweile von offizieller Seite und vonseiten der Sicherheitsbehörden erkannt worden. Allerdings stellt sich die Frage, ob es nicht schon zu spät ist, um ihm erfolgreich zu begegnen. In jedem Fall verlangt diese Entwicklung dem bosnischen Staat heute einiges ab.

Insgesamt gilt es, die Rolle der Religion bzw. des Islams auf dem Balkan neu zu bewerten – gerade auch vor dem Hintergrund des regen Treibens radikalislamischer Gruppen, die durchaus ein Sicherheitsrisiko darstellen. In diesem Kontext stellt sich die Frage nach der richtigen Strategie: Soll man Salafisten gesellschaftlich einbinden oder eher außen vor lassen? Hierauf muss aber auch politisch eine adäquate Antwort gefunden werden, da die Frage der Überwachung gewaltbereiter salafistischer Strukturen von Bedeutung ist, gerade was staatliche Einflussnahme darauf im Sinne der Wahrung der nationalen Sicherheit anbelangt. Hinzu kommen noch „Konfliktverstärker“ wie politische Instabilität, aber auch soziale und wirtschaftliche Krisen als Permanentzustand sowie „Stellvertreterkriege“ zwischen nah- und mittelöstlichen Regionalmächten (Iran, Saudi-Arabien, die Golfstaaten und neuerdings auch die Türkei), was dazu führt, dass auf dem Balkan „eine Art ideologischer Krieg ausgetragen wird“¹⁸. Bestehende Konflikte werden somit ausgelagert und in die Region hineingetragen mit den damit verbundenen (negativen) Folgen für die regionale Stabilität.

Der Balkan, der in unmittelbarer Nachbarschaft der EU liegt, stellt auch für die europäische Sicherheit eine relevante Region dar. Insofern kann es den Europäern nicht egal sein, was sich dort abspielt. Reine Symbolpolitik in Form der seit 2014 existierenden Westbalkankonferenzen im Rahmen des von Deutschland initiierten „Berlin-Prozesses“ oder eine nur deklaratorische EU-Balkanpolitik werden bei Weitem nicht ausreichen, um zum einen die Region zu befrieden und ihre speziellen Probleme zu lösen und zum anderen das gemeinsame Problem illegaler Migration zu bekämpfen und auch in anderen Sicher-

heitsfragen wie die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus den Schulter-schluss zu suchen. Deutschland kommt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle als maßgeblicher Initiator der diplomatischen Initiative für die Versöhnung der Westbalkanstaaten untereinander zu, zumal Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, zu Recht konstatiert: „Stabilität und demokratische Entwicklung auf dem Westbalkan liegen im Interesse Deutschlands und Europas und sind von großer Bedeutung für unsere eigene Sicherheit.“¹⁹

4. Was daraus für die wissenschaftliche Politikberatung folgt

Die Politik heute muss immer größere Herausforderungen und zunehmend komplexer werdende Probleme bewältigen (Stichwort: „Komplexitätszuwachs“)²⁰. Deshalb sind politische Entscheidungsträger(innen) ganz besonders auf Beratung und Wissen von außen angewiesen. Wissenschaftlicher Politikberatung kommt somit eine wichtige Rolle im politischen Entscheidungsprozess zu. Sie sollte nicht nur in der Lage sein, wissenschaftliche Erkenntnisse in die politische Praxis zu übertragen, sondern auch den heutigen Entscheiderinnen und Entschaidern entsprechende Orientierung zu bieten sowie politische Handlungsperspektiven zu eröffnen. Neue Herausforderungen wie transnationale terroristische Netzwerke konfrontieren die staatliche und gesellschaftliche Problemlösungskompetenz. Die daran anknüpfenden Anforderungen an die politischen Entscheidungsträger(innen) sind heute kaum noch ohne externen Sachverstand zu meistern.

Vor diesem Hintergrund eröffnet der Balkan – vor allem in sicherheitspolitischer Hinsicht – ein enormes Betätigungsfeld für externe Beratung und Expertise, gerade auch was die Unterstützung bei der Terrorismusabwehr und Präventionsarbeit betrifft. Davon könnten Polizei, Sicherheitsbehörden und andere staatliche Einrichtungen in der Region nachhaltig profitieren. Gerade die Präventionsarbeit im Hinblick auf Islamismus, Salafismus und islamistischen Terrorismus und die damit einhergehende religiös-politische Ideolo-

gie ist für den Balkanstaat Bosnien von besonderer Bedeutung, zeichnen sich doch hier in den letzten Jahren beunruhigende Entwicklungen wie die wachsende Zahl salafistischer Gemeinschaften in entlegenen Gebieten – vorzugsweise Bergregionen oder nur schwer zugängliche Gebiete – ab, denen man Einhalt gebieten muss. Die Prävention im Phänomenbereich von Islamismus, Salafismus und islamistischem Terrorismus sollte als gesamtgesellschaftliche Herausforderung betrachtet und muss mit ihren Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern (politische Bildung, Medien und Internet, zivilgesellschaftliches Engagement, Forschung usw.) tätig werden.²¹ Sie muss echte Alternativen zu Erklärungs- und Indoktrinierungsmustern salafistischer Ideologie bieten, besonders bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, und entsprechende Auswege aus den jeweiligen – teils mit Zwang verbundenen – sozialen Milieus aufzeigen, um konkurrenzfähig zu sein. Akteure und Maßnahmen der Präventionsarbeit setzen für gewöhnlich im Vorfeld und in Frühphasen von Radikalisierungsprozessen an. Sie verfolgen dabei das Ziel, als notwendig erachtete Kompetenzen (z. B. soziale Kompetenz) zu fördern.

Das macht einmal mehr deutlich, dass es im ureigenen (sicherheits-)politischen Interesse Deutschlands und Europas liegt, den Prozess der Terrorismusabwehr und Präventionsarbeit auf dem Balkan unterstützend zu begleiten – und dies nicht nur in Form von deklaratorischer, sondern auch und vornehmlich in Form von operativer Politik, die substantiell und nachhaltig ist. Schließlich geht es nicht ausschließlich um die Stabilisierung und Sicherung des Balkans; auch „EU-Europa“ wäre damit gedient im Sinne der eigenen Absicherung vor islamistisch-terroristischen Anschlägen, soweit eine solche überhaupt möglich ist. Hier könnte wissenschaftliche Politikberatung mit ihren Möglichkeiten ansetzen und politische Entscheidungsträger(innen) mit intersubjektiv nachvollziehbaren Argumenten zum Umdenken in der bisherigen Politik bewegen, wo dies – aus Expertensicht – notwendig und sinnvoll erscheint. Die Grenzen zwischen deutschen, europä-

ischen und balkanischen Sicherheitsinteressen sind fließend in einer globalisierten und zunehmend vernetzten Welt, eine klare Interessentrennung ist somit nicht mehr möglich. Darauf kann und muss auch die wissenschaftliche Politikberatung reagieren, indem sie vorausschauend agiert und die Folgen politischen Handelns oder Nichthandelns im Sinne der Risikoanalyse einschätzt. In dieser Hinsicht erfüllt sie eine bedeutende Funktion für die moderne Gesellschaft, die eine „Entscheidungsgesellschaft“ (Uwe Schimank) ist.

5. Fazit und Ausblick: Unklare Sicherheitslage erfordert angemessene Gefährdungseinschätzung

BiH ist in vielfacher Hinsicht ein „Entwicklungsland“: Der Balkanstaat leidet in seinem Fortkommen an der Komplexität seines politischen Systems, das Entscheidungsprozesse unnötig verlängert und dadurch substanzielle Fortschritte – auch in Richtung weiterer EU-Integration des Landes – verhindert. Korruption, Arbeitslosigkeit, Mängel im Justizwesen, Kompetenzgerangel zwischen RS und Staatsebene, neu aufkeimende Spannungen zwischen den Ethnien, abgekühlte EU-Bosnien-Beziehungen, um nur einige (Negativ-)Beispiele zu nennen, erwecken bei Außenstehenden den Eindruck eines perspektivlosen, zerstrittenen und letztlich unfertig gebliebenen Landes. Einziger Lichtblick: Die bosnisch-herzegowinische Wirtschaft erholt sich seit dem Jahr 2015 allmählich wieder. Im Jahr 2018 ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in BiH geschätzt um rund 3,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2,97 Prozent) gewachsen.²² Ursächlich dafür sind die sehr robuste Warennachfrage von relevanten Exportmärkten, ein gestärkter privater Konsum und das Investitionsgeschehen.²³

Bezüglich des vorliegenden Beitrages kommt die unklare Sicherheitslage hinzu, was die sogenannten Salafisten-Dörfer in Bosnien anbelangt. Die dahinterliegenden Strukturen sind bislang noch nicht genügend untersucht worden und bedürfen daher ausgiebiger Feldforschung. Erst darauf aufbauend kann eine adäquate Gefährdungseinschätzung vorgenommen

men werden, wodurch faktenbasierte Aussagen über die IS-Bedrohung auf dem Balkan möglich würden. Daraus würde sich ergeben, wie bedroht Deutschland und Europa aufgrund der innerbosnischen Entwicklungen tatsächlich sind. Was das saudische Geld und dasjenige der anderen Golfstaaten betrifft, so liegt zumindest der Verdacht nahe, dass von dieser Seite eine religiös-ideologische Einflussnahme intendiert ist (Beispiel: König-Fahd-Moschee, Sarajevo). Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich die bosnischen Salafisten mit den saudischen Wahhabiten allein schon durch die Scharia eng verbunden fühlen. Aber auch zu diesem Punkt wäre weitere Forschung vonnöten (eine solche wird der Autor betreiben und beizeiten zu einer größeren AIES-Studie aufbereiten), um zuverlässige Aussagen treffen zu können.

Dr. Sascha Arnautović ist Associate Fellow am AIES.

Endnoten

1) Vgl. zum gesamten Abschnitt Weber, Bodo, Bosnien. Plötzlich ist wieder von „Krieg“ die Rede, in: DIE ZEIT v. 29.10.2009, Nr. 45, online abrufbar unter: <https://www.zeit.de/2009/45/oped-Bosnien-Politik> (letzter Zugriff: 10.05.2019). Zum bis heute bestehenden Konflikt um die staatliche Ordnung in BiH siehe Gromes, Thorsten, Die Beschaffenheit des politischen Systems von Bosnien und Herzegowina, in: Flessenkemper, Tobias/Moll, Nicolas (Hrsg.), Das politische System Bosnien und Herzegowina. Herausforderungen zwischen Dayton-Friedensabkommen und EU-Annäherung, Wiesbaden 2018, S. 59-76 (59).

2) Vgl. dazu ausführlich: Gromes, Thorsten, Bosnien und Herzegowina. Der Wahlkampf spiegelt ein gespaltenes Land, PRIF Spotlight 11/2018, *Peace Research Institute Frankfurt* (PRIF)/Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt/M., online abrufbar unter: https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/Spotlight1118.pdf (letzter Zugriff: 10.05.2019).

3) Vgl. hierzu „Europa – Ranking der fragilsten Staaten nach dem Fragile States Index 2018“, online abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/525125/umfrage/top-10-fragilste-staaten-im-fragile-states-index-in-europa/> (letzter Zugriff: 10.05.2019).

4) Siehe dazu die entsprechenden Statistiken unter folgenden Links: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/384118/umfrage/arbeitslosenquote-in-bosnien-und-herzegowina/>, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/797778/umfrage/jugendarbeitslosenquote-in-bosnien-und-herzegowina/> (letzter Zugriff: 10.05.2019).

5) Je nach Quelle schwankt die Zahl bosnischer Kämpfer(innen), die für den IS in Syrien oder im Irak an Kämpfen teilgenommen haben, zwischen 240 und 330 Personen – darunter Männer, Frauen und sogar Kinder. Gemessen an der Bevölkerungszahl von ca. 3,5 Millionen Einwohnern (Stand: 2018; s. dazu unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/383927/umfrage/gesamtbevoelkerung-von-bosnien-und-herzegowina/> [letzter

Zugriff: 11.05.2019]) nimmt BiH damit einen hohen Listenplatz bei der Zahl rekrutierter IS-Kämpfer(innen) in Europa ein. Vgl. hierzu Adler, Sabine, Radikaler Islam in Bosnien-Herzegowina. Die Freiheit hinter dem Schleier, Deutschlandfunk Kultur – Die Reportage, Beitrag v. 13.01.2019, online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/radikaler-islam-in-bosnien-herzegowina-die-freiheit-hinter-1076.de.html?dram:article_id=438001 (letzter Zugriff: 11.05.2019). Siehe ferner Adler, Sabine, Muslime in Bosnien-Herzegowina. Moderater Islam oder Radikalisierung?, Deutschlandfunk, Beitrag v. 17.01.2019, online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/muslime-in-bosnien-herzegowina-moderater-islam-oder-724.de.html?dram:article_id=438523 (letzter Zugriff: 11.05.2019). Vgl. darüber hinaus Mayer, Patrick, „Islamischer Staat“ in Bosnien. Ideologischer Brückenkopf für den IS in die EU, aktualisiert am 06.07.2017, online abrufbar unter: <https://web.de/magazine/politik/Kampf-Islamischer-Staat-IS/islamischer-staat-bosnien-ideologischer-brueckenkopf-is-eu-32409552> (letzter Zugriff: 11.05.2019); Petrović, Predrag, Islamic radicalism in the Balkans, Issue Alert 24/2016, June 2016, European Union Institute for Security Studies (EUISS), Paris/Brussels, online abrufbar unter: https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISSFiles/Alert_24_Balkan_radicalism.pdf (letzter Zugriff: 11.05.2019).

6) *Wahhabismus*: eine ultrakonservative Sekte des (sunnitischen) Islams, die besonders in Saudi-Arabien verbreitet ist.

7) Vgl. Bewarder, Manuel/Flade, Florian, Balkan wird zum Einfallstor für IS-Terrormiliz, 07.06.2015, online abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article142061297/Balkan-wird-zum-Einfallstor-fuer-IS-Terrormiliz.html> (letzter Zugriff: 12.05.2019).

8) Vgl. Hill, Patrick/Wight, Ed, ISIS set up stronghold in the heart of Europe as terrorists secretly buy land near an isolated village, 18.07.2015, online abrufbar unter: <https://www.mirror.co.uk/news/world-news/isis-set-up-stronghold-heart-6094785> (letzter Zugriff: 12.05.2019).

9) Vgl. Hajdari, Una/Lazarević, Krsto, IS-Rekrutierung in Bosnien. Im Hinterland, 08.03.2015, online abrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/is-rekrutierung-in-bosnien-im-hinterland/11474860.html> (letzter Zugriff: 12.05.2019).

10) Im Bosnischen heißt die Staatspolizei SIPA: „Državna agencija za istrage i zaštitu“. Siehe dazu deren englischsprachige Website unter <http://www.sipa.gov.ba/en>.

11) Siehe hierzu unter: <https://www.ard-wien.de/2016/02/08/salafismus-bosnien/> (letzter Zugriff: 12.05.2019). Stellungnahme von Mijo Krešić, stellvertretender Minister für Innere Sicherheit.

12) Auch: „Scheria“ (= religiöses Gesetz des Islams).

13) Siehe exemplarisch: Džihic, Vedran, Neuer Islamismus und islamische Radikalisierung am Balkan. Aktuelle Entwicklungen und Gefahrenpotentiale, Arbeitspapier 87/2016, Juni 2016, Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip), Wien, online abrufbar unter: http://www.oiip.ac.at/fileadmin/Unterlagen/Dateien/Publikationen/Arbeitspapiere/Arbeitspapier_Islamische_Radikalisierung_Balkan.pdf (letzter Zugriff: 12.05.2019). Hinweis: Der Begriff „Islamistische Radikalisierung“ ist – laut Nationalem Zentrum für Kriminalprävention (NZK) mit Sitz in Bonn – „wissenschaftlich unklar“ und darüber hinaus „politisch umstritten“, was es schwierig macht, „Präventionsziele konkret zu benennen und verbindliche Erfolgskriterien festzulegen“. Siehe dazu unter: <https://www.nzkrim.de/themen/islamistische-radikalisierung>.

14) *Salafismus*: eine besonders fundamentalistische Variante des islamischen Extremismus, die den Ur-Islam des 7./8. Jahrhunderts n. Chr. überhöht und zum Vorbild für eine politisch-gesellschaftliche Umgestaltung auf Basis salafistischer Auslegung islamischer Werte und Normen erklärt hat. Der Salafismus trägt dabei Züge einer extremistischen modernen Gegenkultur in bewusster Abgrenzung zur sog. Mehrheitsgesellschaft, um dadurch die eigene Identität zu stärken. Vgl. hierzu Goertz, Stefan, Terrorisusbewehr. Zur aktuellen Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland und Europa, 2. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 7 f.

15) Siehe exemplarisch: Babić, Marko, Salafism in Bosnia and Herzegovina, in: IEMed. Mediterranean Yearbook 2017, European Institute of the Mediterranean (IEMed), Barcelona 2017, S. 183-186, online abrufbar unter: https://www.iemed.org/observatori/arees-danalisi/axius-adjunts/anuari/med.2017/IEMed_MedYearbook2017_salafism_bosnia_balkans_Babic.pdf (letzter Zugriff: 13.05.2019). Vgl. ferner Džihic 2016, S. 8-11.

16) Im Bosnischen lautet der vollständige Name der islamischen Religionsgemeinschaft: „Islamska zajednica u Bosni i Hercegovini“. Die Islamische Gemeinschaft in BiH distanziert sich deutlich von Terror und Gewalt im Namen des Islams. Vgl. hierzu Suško, Dževada, Ein Modell für Europa? Geschichte und Praxis des Islam in Bosnien-Herzegowina, in: KAS-Auslandsinformationen, 33. Jg. (2017) H. 4, S. 6-19 (12 f.).

17) Vgl. hierzu und im Folgenden Ernst, Andreas, Der Pietist aus Ösve, in: Neue Zürcher Zeitung v. 12.09.2016, online abrufbar unter: <https://www.nzz.ch/international/europa/salafismus-in-bosnien-der-pietist-aus-osve-ld-116126> (letzter Zugriff: 14.05.2019).

18) So die Islamwissenschaftlerin und Juniorprofessorin für Ideengeschichte des Islam am Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Dr. Armina Omerika, wörtlich. Zitiert in: Mappes-Niediek, Norbert, Der Islam auf dem Balkan. „Hier wird eine Art ideologischer Krieg ausgetragen“, Deutschlandfunk, Beitrag v. 27.09.2017, online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/der-islam-auf-dem-balkan-hier-wird-eine-art-ideologischer-724.de.html?dram:article_id=396904 (letzter Zugriff: 14.05.2019).

19) Siehe dazu unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/westbalkankonferenz/2116754> (letzter Zugriff: 14.05.2019).

20) Näheres hierzu siehe Falk, Svenja u. a., Einführung. Politikberatung – Themen, Fragestellungen, Begriffsdimensionen, Konzepte, Akteure, Institutionen und Politikfelder, in: Falk, Svenja u. a. (Hrsg.), Handbuch Politikberatung, 1. Aufl., Wiesbaden 2006, S. 11-19 (11).

21) Vgl. hierzu und im Folgenden Goertz, a. a. O., S. 175.

22) Siehe dazu unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/384100/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-bosnien-und-herzegowina/> (letzter Zugriff: 16.05.2019).

23) Siehe dazu unter: https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Wirtschaftsklima/wirtschaftsausblick_t=wirtschaftsausblick-juli-2017--bosnien-und-herzegowina,did=1772572.html (letzter Zugriff: 16.05.2019).

© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2019

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau
Tel. +43 (1) 3583080
E-Mail: office@aies.at
Website: www.aies.at

Layout: Medienbüro Meyer